

Mahnruf zu der expansionistischen Politik der Machthaber Chinas



Von China proklamiertes Seegebiet der „9-streifigen Rindszungenlinie“

Chinesischer Expansionismus bedeutet:

- Im Innern Unterdrückung eigener ethnischer Minderheiten
- Nach Außen Verletzung der Souveränität der Nachbarländer und Verfolgung expansionistischer Ziele
- Reale Gefahren für den Weltfrieden und die Stabilität Asiens
- Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Töten vietnamesischer Fischerleute

Gewinnt China dieser Tage als wirtschaftspolitische Weltmacht zunehmend an Statur, so rückt sein konfliktbeladenes Verhältnis mit den Nachbarländern wie auch mit den ethnischen Minderheiten im eigenen Land immer mehr in den Hintergrund.

Unterdrückung der ethnischen Minderheiten im eigenen Land

Während die Weltöffentlichkeit die brutal niedergeschlagene Volkserhebung in Tibet im Vorfeld der Olympischen Spiele 2008 noch mit Entsetzen registrierte, gingen die Gedenkaktionen in Lhasa zum 50. Jahrestag des tibetischen Volksaufstands, die durch das de facto verhängte Kriebsrecht im Keim erstickt wurden, weitgehend lautlos vorüber. Weniger beachtet, aber nicht minder blutig, war die Niederschlagung der Volkserhebung bei den Uiguren in der Grenzprovinz Xinjiang in 2009 und wieder im Juli dieses Jahres. Ähnlich wie in Tibet beklagen die über acht Millionen Uiguren in Xinjiang und die vier Millionen Mongolen in der Inneren Mongolei seit Jahrzehnten kulturelle, soziale und politische Unterdrückung durch die Zentralregierung in Peking.

"Folter, Zensur und Unterdrückung von Minderheiten gehören in China noch immer zum Alltag. Die westlichen Demokratien fordern zwar in regelmäßigen Abständen zur Öffnung des Landes auf, doch die kommunistische Regierung verbittet sich jede Einmischung von außen." (Der Spiegel)

Aggression gegen die Nachbarländer

Während die Innenpolitik Chinas immer deutlicher chauvinistische Züge aufweist, zeigen die Machthaber in Peking speziell in Südostasien verstärkt ihren Drang zum Expansionismus. Mit einer imposanten Aufrüstung der Kriegsmarine, gesteigerter Militärpräsenz und eskalierter Gewalt-

anwendung im gesamten südostasiatischen Meer verfolgt China eine Politik, die auf Konfrontation ausgerichtet ist.

"Chinesische Kriegsschiffe verletzen regelmäßig die Hoheitsrechte anderer Staaten. Vietnamesische Fischkutter sowie japanische Aufklärungsflugzeuge und Boote der Küstenwache wurden in der jeweiligen Zwölf-Meilen-Zone ihrer Herkunftsstaaten von chinesischen Schiffen und Jets abgedrängt." (Die Zeit)

Die gezielten aggressiven Gewalthandlungen der chinesischen Marine verletzen die Souveränität mehrerer Nachbarländer wie Vietnam, die Philippinen, Indonesien, Malaysia und Japan.

Auszug aus der Chronik der expansionistischen Politik

- 1974 überfiel China den Paracel-Archipel (Hoàng Sa) von Vietnam und besetzt seitdem unrechtmäßig die ganze Inselgruppe.
- 1979 marschierte die chinesische Armee zum Zwecke einer „Strafexpedition“ in Vietnam ein und hinterließ große Verwüstungen sowie hohe Verluste an Menschenleben.
- 1988 nahm China Teile des Spratly-Archipels (Trường Sa) von Vietnam gewaltsam in Besitz und stationiert seitdem Truppen dort.
- 2007 deklarierte China ohne jegliche völkerrechtliche Basis die besetzten Inselgruppen als ein Teil der Kreisverwaltung der Provinz Hainan, obwohl die Archipele Paracel und Spratly mit allen rechtlichen und historischen Belegen bereits seit Jahrhunderten im Territorialbesitz von Vietnam sind.

- Im Expansionsstreben beansprucht China fast das gesamte Meeresgebiet zwischen Vietnam, Indonesien, Malaysia und den Philippinen für sich. **Die von China proklamierte "9-streifige Rindzungelinie" missachtet das Internationale Seerecht (UNCLOS 1982) und verletzt das ASEAN-Abkommen über die Meeresnutzung (DOC 2002).** In diesem Zusammenhang beschossen und zerstörten chinesische Kriegsschiffe vietnamesische Fischerboote. Nicht wenige vietnamesische Fischerleute kamen dabei um. Gefangene Fischer mussten gegen Lösegeld als „Strafgebühr“ freigekauft werden.



Gefangene und getötete vietnamesische Fischerleute

- In jüngster Zeit stürmten chinesische Schiffe in die ausschließliche Wirtschaftszone Vietnams, durchschnitten Kabel von vietnamesischen Erkundungsschiffen und hielten sie von ihrer rechtmäßigen Arbeit ab.

Warum protestieren wir?

Mit der Protestkundgebung wollen wir, die im Großraum München lebenden Deutschvietnamesen, der Öffentlichkeit die Aggressionen der Machthaber Chinas gegen unsere Landsleute aufzeigen und die chinesische Missachtung der internationalen Völkerrechte auf das Schärfste verurteilen.

Gleichzeitig wollen wir die Öffentlichkeit darauf aufmerksam machen, dass die zunehmende Radikalisierung der chinesischen Politik, im Innern eigene ethnische Minderheiten zu unterdrücken und nach Außen expansionistische Ziele zu verfolgen, reale Gefahren für den Weltfrieden und die Stabilität Asiens bedeutet.

Was können Sie tun?

- Unterschreiben Sie die Petition unter der Internet-Adresse
www.thepetitionsite.com/9/stop-chinese-expansionism
- Teilen Sie der Bundesregierung Ihr Bedenken über die expansionistische Politik der Machthaber Chinas mit, welche reale Gefahren für den Weltfrieden und die Stabilität Asiens bedeutet.
- Wenden Sie sich schriftlich an die chinesische Regierung, teilen Sie ihr mit, dass die Weltöffentlichkeit die Aggressionen der chinesischen Regierung gegen die südostasiatischen Völker verurteilt und ihre expansionistische Politik ein negatives Bild von China in der Weltgemeinschaft abgibt.
- Informieren Sie die Öffentlichkeit und die Medien über die Gewaltanwendung der chinesischen Marine gegen vietnamesische Fischerleute sowie die Unterdrückung ethnischer Minderheiten in China.

Gemeinschaft der Deutschvietnamesen im Großraum München

Impressum:

Minh-Tri Nguyen (V.i.S.d.P.), Badstraße 20, 81739 München
stop.chinese.expansionism@gmail.com

Eigendruck im Selbstverlag



Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

ich nehme die umseitig geäußerten Sorgen über die aktuelle Situation in Südostasien ernst und erkläre mich solidarisch mit dem vietnamesischen Volk!

Mit freundlichen Grüßen
(Name/Adresse/Unterschrift)

An die
Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Str. 1

10557 Berlin

